

„WANDEL DURCH ANNÄHERUNG“ – UTOPIE ODER WIRKLICHKEIT?

RUSSLAND UND DEUTSCHLAND IM 21. JAHRHUNDERT

Henry Kissinger fragte bekanntermaßen einst, wen er anrufen sollte, wenn er mit Europa sprechen wollte. Mit einem ähnlichen Problem ist Russland heutzutage konfrontiert, wenn es sich an „den Westen“ wenden möchte. Der „Westen“ teilt sich für Russland in drei Bereiche: die USA, die EU sowie die einzelnen Länder Deutschland, Frankreich und Italien. Mit dem Beginn der russischen Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew ist ein Obama-Effekt erzeugt worden, der sich insbesondere in der Außenpolitik Russlands widerspiegelt. So wies Medwedew vor kurzem seine Diplomaten an, wieder auf den „Westen“ zuzugehen. Nur wen spricht er damit an?

Deutschland nimmt aufgrund seiner geographischen, wirtschaftlichen und historischen Beziehung zu Russland eine besondere Stellung im bilateralen Verhältnis ein. Dies wurde auf dem 12. Deutsch-russischen Gipfeltreffen im Rahmen des *Petersburger Dialogs* wieder einmal deutlich. Bundeskanzlerin Angela Merkel war mit einer großen Wirtschaftsdelegation sowie fünf Bundesministern angereist. Es war bereits das fünfte Zusammentreffen der Kanzlerin mit dem russischen Staatspräsidenten allein in diesem Jahr. Die Dialogbereitschaft Medwedews macht sich auch auf anderen Themenfeldern bemerkbar. So wurde vereinbart, ein gemeinsames geschichtliches Schul-

buch zu verfassen. Auch ist das Verhältnis Merkel-Medwedew so geprägt, dass schwierige Themen wie Menschenrechte besprochen werden können.

In den 1970er Jahren wurde durch die damalige Bundesregierung unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ eine neue Entspannungspolitik gegenüber dem damaligen Ostblock begonnen. Später wurde diese ergänzt durch „Wandel durch Verflechtung.“ Durch diese Art von Interdependenz sollte Russland in das westliche Weltwirtschaftssystem integriert werden, bei der die wirtschaftliche Verflechtung die Basis für einen dauerhaften Frieden sein sollte.

Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama kündigte 1989 „Das Ende der Geschichte“ an, womit er den Siegeszug des westlichen liberalen demokratischen Systems meinte. Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs vertrat die These des „Big Bang“, bei dem ehemalige Planwirtschaften den Übergang zu Marktwirtschaften praktisch über Nacht schaffen sollten. Beide Thesen klingen mit Blick auf Russland aus heutiger Sicht naiv. Längst ist nicht mehr von einem Übergang („Transition“), sondern von einer Umwandlung („Transformation“) die Rede. Auch 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist Russland noch immer nicht in das westliche Weltwirtschafts- und Verteidigungssystem eingebunden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION
DR. LARS PETER SCHMIDT
JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

Dies ist bedauerlich, denn die Alternativen bieten keinen Anlass zu großer Freude. Ein zurückgewiesenes Russland würde sich isolieren, seine Interessen stärker als bisher mittels dem Gashahn regeln, sich nach Asien wenden und Zweckbündnisse nach dem Schema der „Balance of power“ des 19. Jahrhunderts eingehen. Auch würde es äußerst schwierig, ohne Russland internationale Konflikte wie den Kampf gegen den Terrorismus und Drogenhandel sowie den Nahost-Konflikt, Iran, Afghanistan und nicht zuletzt den Abbau von Atomwaffen zu regeln.

Russland steht in gegenseitiger Abhängigkeit von den USA und Europa. Moskau ist sich dessen bewusst. Der Wille auf russischer Seite ist eindeutig da, mit seinen westlichen Partnern eine europäische Sicherheitsarchitektur aufzubauen, die den Frieden in ganz Europa sichern soll. Deutschland bietet sich in seiner herausgehobenen Position als Vermittler aufgrund der guten Beziehungen zu Russland sowohl deutscher bzw. europäischer und russischer Interessen an. Die große Herausforderung besteht nun für Angela Merkel darin, die Voreingenommenheit einiger osteuropäischer Staaten gegenüber Russland abzubauen und damit die Bemühungen Russlands, die Beziehungen zur Ukraine, Polen und den baltischen Staaten zu verbessern, zu unterstützen, sowie Russland als gleichberechtigten Partner im NATO-Russland Rat zu behandeln und so die diplomatischen Voraussetzungen für eine transeuropäische Sicherheitsgemeinschaft zu schaffen. Keine leichte Aufgabe, aber die Alternativen lassen kaum eine andere Wahl.

Im Osten nichts Neues?

Es gibt wenige Ereignisse, die in Russland so gefeiert werden wie das Ende des 2. Weltkrieges und der damit verbundene Sieg über Nazi-Deutschland. Dieser wird in Russland als „Der Tag des Sieges“ bezeichnet und jährte sich am 9. Mai 2010 zum 65. Mal. In der bisher größten Militärparade durften zum ersten Mal in der Geschichte Russlands die alliierten Mächte USA, Großbritannien und Frankreich sowie die meisten postsowjetischen Republiken mit Armee-Einheiten am Kreml vorbei marschieren. Während die Regierungsvertreter der USA, Großbritannien, Frankreich und Italien durch ihre Abwesenheit auffielen, nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel die Einladung nach Moskau an. Die erste Teilnahme einer deutschen Regierungsvertreterin an den Feierlichkeiten gilt als Versöhnungsgeste zweier Völker, deren Geschichte durch Konfrontation und Kooperation gekennzeichnet ist. Mit der Ostpolitik in den 1970er Jahren begann eine Zeit der Annäherung, die trotz einiger Spannungen bis zum heutigen Tag anhält, unabhängig von der politischen Couleur. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion machte sich im Westen die Hoffnung breit, dass die Einbindung Russlands in die westlichen Institutionen automatisch erfolgte.

Dass dies nicht der Fall ist, erklärt sich aus dem Erbe einer fast 70 Jahre andauernden kommunistischen Diktatur, die mit enormen gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen einherging, deren Folgen noch über Generationen zu spüren sein werden. Auch hatte Russland im Gegensatz zu den osteuropäischen Ländern, für die Brüssel die Leitlinien der Transformation vorgab, und an die sich letztendlich jede Regierung ob

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION
DR. LARS PETER SCHMIDT
JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

rechts oder links ausrichtete, diesen Weg der Transformation alleine zu bewältigen. Eine weitere Herausforderung besteht in der schier unendlichen Größe des Landes und der damit verbundene Problematik, dieses Land zu regieren, verbunden mit neu aufgebrochenen Nationalitätenkonflikten (vor allem im Kaukasus). Dazu kommt, dass in den 1990er Jahren ca. vier Millionen Russen das Land in Richtung Deutschland, USA und Israel verließen, unter denen sich prozentual viele Intellektuelle befanden. In der Folge war die Auswahl an benötigten Führungskräften äußerst begrenzt. Auch endete der erste Teil der Transformation in Russland Ende der 1990er Jahre in einer wirtschaftlichen Katastrophe, so dass eine Mehrheit der russischen Bevölkerung die letzten zehn Jahre als Stabilisierung verbunden mit wirtschaftlichem Aufschwung empfindet. Es bleibt also nichts anderes übrig als von dieser Lage ausgehend, Russland abzuholen und nach einem tragfähigen Zukunftskonzept zu suchen.

Wenn die Rede von der Integration Russlands in die westlichen Strukturen nicht zu einer reinen Floskel werden soll, dann müssen diesen Worten auch Taten folgen. Der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühe hat zusammen mit anderen deutschen Sicherheitsexperten einen Artikel im *Spiegel* veröffentlicht, in dem sie sich klar für einen Beitritt Russlands in die NATO aussprechen.¹ Nur dadurch könnte letztendlich eine dauerhafte Sicherheitslösung geschaffen werden. Den Autoren des Artikels ist aber auch bewusst, dass ein Bei-

tritt Russlands zur NATO noch einige Zeit in Anspruch nehmen müsste. Die von der NATO und der EU geschaffene Sicherheitsgemeinschaft kennzeichnet sich durch einen Wertekonsens, dessen Inhalt sich von demokratischen Grundwerten wie Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, freier Marktwirtschaft bis hin zum Schutz von Menschenrechten erstreckt. Den Beitritt Russland in die NATO anzubieten, würde demnach die nötigen Reformkräfte innerhalb des Landes stärken und so zu einer Angleichung an die westlichen Standards führen. Die Autoren haben damit eine ernsthafte Debatte angestoßen, für die in Deutschland in den letzten Jahren sich niemand zuständig fühlte. Nur will Russland überhaupt in die NATO?

Von der Aufbruchstimmung nach dem Zerfall der Sowjetunion, als die NATO Russland „die Hand reichte“, ist heute nicht mehr viel übrig. Während die EU und die NATO über weitere Beitrittskandidaten in Osteuropa nachdachten, hörten diese Überlegungen an der Grenze zu Russland auf. 1997 wurde mit dem Friedensabkommen zwischen der NATO und Russland der Grundstein für den NATO-Russland Rat (NRR) gelegt. Als 2000 Wladimir Putin russischer Staatspräsident wurde und mit harter Hand den Krieg in Tschetschenien führte, rief dies in Europa und in den USA starke Kritik und auch Empörung hervor. Man befürchtete einen Rückfall in sowjetische Zeiten und tat sich schwer, den neuen Mann im Kreml einzuschätzen. Der Anspruch Putins, der „Zerfall der Sowjetunion ist die schlimmste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts,“ wurde von vielen im Westen als Beweis für eine Nostalgie nach dem Supermachtstatus gesehen. Bei einer anderen Gelegenheit sagte Putin jedoch: „Derjenige, der den Niedergang der

¹ Volker Rühe, Klaus Naumann, Frank Elbe und Ulrich Weisser, „Die Tür öffnen. Für Russlands Beitritt zur NATO“, *Der Spiegel*, 10/2010, 100-101.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

Sowjetunion nicht bedauert, hat kein Herz; derjenige, der es [Sowjetunion] zurück möchte, hat keinen Verstand.“²

Am Anfang seiner Amtszeit signalisierte Putin auch ein Zugehen auf die USA. Der 11. September 2001 und die Anschläge in den USA brachten dann auch eine unerwartete Chance für Russland, sich wieder an die USA anzunähern. Putin war einer der ersten, der dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush kondolierte. Der russische Präsident konnte so im von Bush ausgerufenen „Kampf gegen den Terror“ den Krieg in Tschetschenien legitimieren, in dem er die Tschetschenen als Terroristen bezeichnete. Gleichzeitig glaubte er, durch die Unterstützung der USA und die Bereitschaft, deren Bombardierung in Afghanistan nicht im Wege zu stehen, die Basis für eine künftige Zusammenarbeit zu schaffen. Im Jahr darauf wurde der NRR gegründet, ein Instrument, das nur funktionieren könnte, wenn ein Verhältnis bestünde, dass auf beidseitigem Vertrauen basierte.

Dieses Vertrauen wurde durch den Einmarsch der USA in den Irak trotz der Vorbehalte Russlands stark beschädigt. In der Folge schien mit den Gegnern dieses Krieges - Paris, Berlin und Moskau - eine neue Achse gebildet. Dies wurde vor allem durch den Unilateralismus der USA begünstigt. Der russische Staatspräsident Wladimir Putin reagierte verärgert, als Russland die USA vorbehaltlos in Afghanistan militärisch operieren ließ, aber weder gefragt wurde, ob sich Russland an einer Lösung in

Afghanistan beteiligen wolle, insbesondere mit Hinblick auf die Erfahrungen Russlands in den 1980er Jahren in Afghanistan, noch etwas im Gegenzug von den USA für deren Aktionen im Hinterhof Russlands erhielt. Dies ließ die Beziehungen zu den USA spürbar abkühlen.

2004 wurden weitere zehn neue Mitgliedstaaten (darunter acht ehemalige Ostblockstaaten) in die EU als auch in die NATO aufgenommen. 2007 folgten Rumänien und Bulgarien. Die Grenze sowohl der EU als auch der NATO verschob sich immer näher an Russland. Russland missfiel die Europäische Nachbarschaftspolitik der EU, die die GUS-Staaten stärker an die EU binden und so die Grundlagen schaffen sollten für einen späteren Beitritt zur EU. Besonders provozierend fand Moskau die Unterstützung der USA für einen NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine. Sowohl der Konflikt in Georgien als auch die Wahl Janukowitschs zum Ukrainischen Präsidenten ließen einen NATO-Beitritt dieser Länder jedoch in weite Ferne rücken.

Quo vadis, Russland?

Spitzenpolitiker auf russischer und deutscher Seite weisen immer gerne darauf hin, dass Russland ein Teil Europas ist. Russland schließt einen Beitritt zur EU aber aus. Das hat mehrere Gründe. Zum einen sieht Russland in der EU einen bürokratischen Apparat, dessen Entscheidungsschwierigkeiten auch Russland schwächen würde. Zum anderen hält Russland die EU für einen „talking shop“, der unter anderem nur dazu dient, Russland Vorlesungen in guter Regierungsführung zu halten aber wenig konkretes dabei für beide Seiten herauskommt.

² Dmitrij Trenin, „Smart Engagement“, Moscow Center of the Carnegie Endowment for International Peace, 06. Juni 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

Auch ist Russland – zumindest vorläufig – nicht an einem Beitritt zur NATO interessiert. Der russische Vertreter bei der NATO, Dmitrij Rogosin, erklärte: „Großmächte treten keinen Koalitionen bei, sie bilden Koalitionen. Russland betrachtet sich selber als Großmacht.“³ Dies spiegelt sich in der *Realpolitik* Russlands wieder. Dabei wird die unmittelbare Nachbarschaft Russlands als nationales Interesse eingestuft. Nur die Stabilisierung des „nahen Ausland“ kann die Sicherheit und letztendlich den Machterhalt bringen, den Russland sucht. Allzu deutlich wurde dies im Georgienkonflikt. Osteuropäische Staaten nehmen dies gerne als Anlass, um innerhalb der EU vor einer weiteren Annäherung an Russland zu warnen.

Die Veränderungen im internationalen Machtgefüge kommen Russland gelegen. Die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung wird durch die Tatsache begünstigt, dass die USA sowohl innen- als auch außenpolitisch mit den Folgen von acht Jahren Bush-Regierung zu kämpfen hat, was zusätzlich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft wurde. Die Bemerkung Rogosins erinnert an die Zeiten des 19. Jahrhunderts, in der Koalitionen je nach Interessenlage gebildet wurden, fern ab von aller Ideologie. Die Schanghai Kooperationsgemeinschaft (SCO), in der Russland neben China die Hauptakteure darstellen, ist noch kein Gegenstück zur NATO. Zu groß ist das Misstrauen gegenüber der chinesischen Expansionspolitik. Dies sollte aber nicht dazu verleiten, dass dieser Organisation keine Zukunft bescheiden ist. Daher wäre

es sinnvoll und pragmatisch zu überlegen, wie man Russland doch in die westlichen Institutionen einbindet bevor es in die asiatischen gedrängt wird. Die langjährigen Verzögerungen eines WTO-Beitritts werden unverständlicherweise weiter verkompliziert durch die Tatsache, dass Russland nur mit der erst kürzlich gegründeten Zollunion mit Kasachstan und Belarus der WTO beitreten möchte, wodurch die Beitrittsverhandlungen von neuem angefangen werden müssen.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat Russland hart getroffen. Der niedrige Ölpreis ließ die Staatseinnahmen drastisch sinken, die russische Zentralbank gab einen Großteil ihrer Währungsreserven ab, um den Fall des Rubel aufzuhalten, die Arbeitslosenquote sprang nach oben, und viele Monoindustrien, bei denen einzelne Städte von einer Industrie abhängen, konnten nur durch massive Staatshilfen über Wasser gehalten werden. Die einseitige Beschränkung der russischen Wirtschaft auf die beiden Ressourcen Öl und Gas wurde allzu deutlich und veranlasste den russischen Staatspräsidenten Dmitrij Medwedew, von einer kompletten Modernisierung der heimischen Wirtschaft zu sprechen. Nur dies könne Russland als aufstrebende Macht neben Ländern wie Brasilien, Indien und China (BRIC-Staaten) für die Zukunft wappnen und dazu beitragen, der sogenannten „holländischen Krankheit“ zu entkommen.

Beziehungen zu Deutschland

Deutschland passt in dieser Hinsicht exzellent in das Gefüge der Modernisierung Russlands. Die tiefen historischen, geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Be-

³ Valentina Pop, „Russia does not rule out future NATO membership“, <http://euobserver.com/9/27890> (letzter Zugriff 18.07.2010)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

ziehungen beider Länder verschaffen Deutschland eine besondere Stellung im Hinblick auf Russland. Angela Merkel hat dies erkannt und hat die deutsch-russischen Beziehungen zu einem weiteren Schwerpunkt ihrer Außenpolitik gemacht. Die russische Führung sieht Deutschland als Motor in einer stärkeren Westbindung Russlands und auch als Türöffner für den Aufbau von besseren Beziehungen zu ehemaligen Ostblockstaaten wie Polen und den baltischen Republiken.

Die russische Öffentlichkeit bestätigt in Umfragen immer wieder den Respekt der Russen vor den Deutschen. Deutschland ist auch nach wie vor eines der beliebtesten Länder. Derzeit lernen etwa zwei Millionen Schüler an russischen Schulen Deutsch. Mit mehr als 6000 deutschen Unternehmen in Russland steht auch hier Deutschland an erster Stelle.⁴ Deutschland ist Russlands größter Handelspartner. Deutsche Unternehmer fordern daher immer wieder von der Politik, ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen. Russland ist vor allem an deutscher Technologie und Know-how interessiert, während Deutschland etwa 40 Prozent seiner Energieleistungen aus Russland bezieht. Diese gegenseitige Abhängigkeit ist aber nicht für alle einsehbar. Innerhalb Deutschlands ist die Politik in zwei Lager gespalten: diejenigen, die eine weitere Westbindung Russlands vorantreiben möchten, und diejenigen, die in Russland eine autoritäre Großmacht sehen, die man schwerlich in die westlichen demokratischen

Strukturen einbetten kann. Frau Merkels schwierige Aufgabe besteht auf nationaler wie auf europäischer Ebene darin, die Skeptiker davon zu überzeugen, dass Veränderungen sehr wohl nicht von heute auf morgen passieren, aber es auf lange Sicht gesehen keine Alternative zu einer stabilen europäischen Sicherheitsgemeinschaft gibt, bei der die Russen außen vor bleiben.

Das von Merkel und Medwedew geplante Projekt eines gemeinsamen Schulbuchs im Bereich Geschichte könnte ebenso zu einer stärkeren Bindung führen wie im deutsch-französischen Verhältnis nach dem zweiten Weltkrieg. Auch würde ein Wegfall des Visa-Regimes vor allem die junge Generation in Russland begünstigen, Erfahrungen im Westen zu sammeln und Beziehungen zu knüpfen. Der Furcht der EU vor Einwanderern aus dem Kaukasus könnte man gezielt mit Ausnahmen entgegen gehen und diese gegebenenfalls später lockern. Es wird schwierig sein, dies auf europäischer Ebene durchzusetzen, gerade weil die russische Seite europäischen Ausländern mit vielen bürokratischen Hürden oft auch unnötig viele Probleme bereitet.

Tausche Gas gegen Technologie

Russland ist neben den USA und China der drittgrößte CO₂ Verursacher weltweit. Der rasant zunehmende Energiebedarf innerhalb des Landes, die steigenden Gaslieferungen ins Ausland sowie die mangelnden Investitionen in den heimischen Energiesektor machen deutlich, dass es bald zu Engpässen kommen könnte. Vor allem aber im Umweltbereich hat Russland viel nachzuholen. Deutschland ist auf dem Gebiet der Energieeffizienz

⁴ Matthias Schepp, „Merkels Russland-Besuch. Probleme wie in einer alten Ehe“, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-706404,00.html (zuletzt eingesehen 14. Juli 2010)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

weltweit führend. Deutsche Technologie könnte Russland helfen, knapp 400 Milliarden Dollar zu sparen. Denn soviel kostet laut WWF Russland die Energieverschwendung Russland pro Jahr. Siemens hat bei dem Treffen in Jekaterinburg bereits einen Milliardenvertrag in Windenergie unterschrieben. Mit deutscher Technik soll nun Russland seinen Energiebedarf drosseln und gleichzeitig seinen Versprechen zur Reduzierung von Treibhausgasen nachkommen.

Das Konzept „Gas gegen Technologie“ scheint aufzugehen. Russland ist auf direkte Auslandsinvestitionen angewiesen. Alleine, das weiß auch der Staatspräsident, wird es Russland nicht schaffen, die Diversifizierung der Wirtschaft voranzutreiben. Die Schaffung eines „Silicon Valley“ in Skolkowo ist ein Prestigeprojekt von Präsident Medwedew. Aber wie so vieles in Russland kam diese Idee vom Staat und nicht von den Unternehmen selber. Die Allgegenwärtigkeit des russischen Staates macht es daher umso wichtiger, dass die deutsche Regierung deutschen Unternehmen in Russland bei der Vermittlung hilft.

Auch würde ein freier Marktzugang für beide Länder erhebliche Vorteile verschaffen und so die Verflechtung der Wirtschaften vorantreiben. Auf russischer Seite ist aber oft zu hören, dass russische Unternehmen sehr gerne in Deutschland Direktinvestitionen tätigen würden, aber wie im Fall Infineon oder Opel nicht zum Zuge kommen. Deutsche Energieunternehmen können sich in Russland nur schwer an russischen Unternehmen beteiligen. Es scheint, dass nach wie vor ein gegenseitiges Misstrauen bei deutschen und russischen Politikern besteht, das es abzubauen gilt, sowohl von russischer als auch von deutscher Seite.

Als Altkanzler Gerhard Schröder kurz nach seinem Austritt aus dem Kanzleramt in den Aufsichtsrat von Nord Stream wechselte, ging ein Schrei der Empörung durch Deutschland, da Schröder das Pipeline-Projekt noch zu seiner Amtszeit durchgesetzt hatte. Moralisch kontrovers stellte es zumindest die gewollte Diversifizierung deutscher Energielieferanten in Frage, da es Deutschland so noch mehr als bisher von russischem Gas abhängig macht. Nord Stream wird ab 2011 Gas direkt von Russland nach Deutschland durch die Ostsee pumpen. Der Bau der Pipeline war sehr umstritten. Der damalige polnische Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski sprach 2006 gar von einem zweiten „Molotow-Ribbentrop-Pakt.“

Die Umgehung Polens beim Bau der Nord Stream Pipeline war ein Grund mehr für Warschau, jegliche Annäherungen an Russland innerhalb der EU zu blockieren. Der damalige polnische Staatspräsident Lech Kaczynski verfolgte nicht nur eine russlandkritische Politik, auch die Beziehungen zu Deutschland waren angespannt. Mit der Wahl Donald Tusks zum polnischen Premierminister sollte sich dies ändern. Fast unbemerkt schrieb der russische Regierungschef Putin im September 2009 einen offenen „Brief an die Polen“, in dem er den Hitler-Stalin Pakt verurteilte, der zur Aufteilung Polens 1939 geführt hat. In einer weiteren historischen Geste lud Putin seinen polnischen Kollegen Donald Tusk nach Katyn ein, um gemeinsam der 20 000 polnischen Offiziere, Geistlichen, Intellektuellen und Beamten zu gedenken, die bei Katyn und anderen Orten in der Sowjetunion vom sowjetischen Geheimdienst NKWD erschossen worden waren. Lange war dies von russischer Seite geleugnet worden. Als der damalige polnische Präsident Kaczynski zusammen mit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

zahlreichen hochrangigen Vertretern Polens auf dem Weg nach Katyn bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, war die russische Seite sichtlich bemüht, gemeinsam mit Polen die Absturzursache zu ermitteln. Die große Anteilnahme Russlands an dem Absturz ließ auch viele Polen nicht unberührt. Die Öffnung der Katyn-Archive gilt als weitere Geste zur Versöhnung zweier Völker, deren Beziehung einen großen Einfluss auf das weitere Verhältnis zwischen der EU und Russland hat, da Polen alle Entscheidungen zu einem neuen Partnerschaftsabkommen mit Russland bisher immer blockierte. Es mag auch sein, dass die polnische Führung zusätzlich gelassener mit dem Thema Russland umgeht, da die Entdeckung massiver Vorkommen von Schiefergas Polen unabhängig von russischem Gas machen könnte. In einem weiteren Anzeichen polnischen Umdenkens verlangt im Gegensatz zu seinen früheren Bemerkungen heute der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski, Russland in die NATO aufzunehmen, denn nur so könnte Europa und Russland die europäischen und globalen Herausforderungen meistern.⁵

Gemeinsame Herausforderungen erfordern gemeinsame Lösungen

Russland hat also erkannt, dass es wirtschaftlich als auch politisch mehr zu gewinnen hat, wenn es mit Ländern wie Polen, Ukraine aber auch den baltischen Staaten normale Beziehungen aufbaut. Deutschland kann und sollte hier

als Brückenbauer behilflich sein. Als die USA eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgien vorantrieb, hielt Berlin dies für verfrüht. Die deutsche Führung hatte sehr wohl begriffen, dass das Vorpreschen der USA in der Ukraine und Georgien ohne vorherige Einbindung Russlands mehr schaden als nutzen könnte. Für Deutschland und die EU sind Themen wie Rechtsstaatlichkeit und damit die Bekämpfung der Korruption, Demokratisierung, Pressefreiheit, und Menschenrechte von Bedeutung, kurz ein Wertekonsens, der oft missverstanden wird als Kontrast zwischen „Werten gegen Interessen.“ Man muss keine Freundschaft schließen, aber um gute Partner zu werden, braucht man eine gemeinsame Wertegrundlage, die die Vertretung der eigenen Interessen für den anderen transparenter und damit auch durchsetzungsfähiger macht. Eine reine Interessenpolitik würde nicht in Kooperation sondern in Konfrontation münden.

Welche Möglichkeiten bieten sich nun innerhalb Europas durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland? Einige Punkte sollen dies verdeutlichen. Erstens sollte der Vorschlag des russischen Staatspräsidenten Medwedew einer gemeinsamen euroatlantischen Sicherheitsarchitektur ernst genommen werden. Wenn auch der Vorschlag noch recht vage ist und die NATO explizit nicht genannt wird, so hat Deutschland Gesprächsbereitschaft signalisiert. Hierbei fällt Deutschland die Aufgabe zu, den osteuropäischen EU-Staaten die Angst vor einem übermächtigen Russland zu nehmen. Das ist zumindest die Grundlage für eine ernsthafte Diskussion dieses Vorschlags. Auf der anderen Seite sollte Deutschland Russland auch klarmachen, dass dies ein gemeinsames Vorhaben ist. Eine

⁵ Valentina Pop, „Russia does not rule out future NATO membership“, <http://euobserver.com/9/27890> (18.07.2010)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

DR. LARS PETER SCHMIDT

JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

aggressive Politik Russlands würde dieses Projekt nur torpedieren. Die Unterzeichnung des KSE-Vertrags würde die Motivation Russlands für eine europäische Sicherheitsgemeinschaft unterstreichen.

Zweitens bietet der Aufstieg Chinas sowohl Chancen als auch Herausforderungen sowohl für die EU als auch für Russland. Eine euroatlantische Sicherheitsgemeinschaft der USA, EU und Russland würde sich klar gegen China wenden. Dem gilt es vorzubeugen. Russland hat hier durch seine unmittelbare Nachbarschaft zu China gute Kontakte, die es nutzen sollte, um etwaige chinesische Bedenken zu zerstreuen. Drittens stehen Themen wie der Iran oder Afghanistan immer auf der Tagesordnungsliste, wenn die Vertreter der jeweiligen Auswärtigen Ausschüsse aus Berlin und Moskau zusammentreffen. Eine Lösung dieser Konflikte ist in beiderseitigem Interesse. Deutschland kann hier dank der guten Beziehungen in einem bilateralen Austausch die Vorschläge Deutschlands aber auch der EU sinnvoll einbringen, was dann später im UN-Sicherheitsrat oft nicht mehr möglich ist.

Viertens sollte Deutschland darauf pochen, den NRR wieder vollständig in Betrieb zu nehmen (das letzte offizielle gemeinsame Dokument wurde am 28. Juli 2008 verabschiedet⁶) und Russland als gleichberechtigten Partner zu behandeln. Dass die Aussetzung des NRR während des Georgienkriegs ein Fehler war, hat auch der neue NATO-Generalsekretär Rasmussen eingestanden. Der NRR ist ein Instru-

ment, das gerade dazu geschaffen wurde, um auch in schwierigen Zeiten den diplomatischen Kontakt aufrechtzuerhalten. In einem jüngst veröffentlichten Artikel weist Rasmussen bereits auf die wieder in Fahrt gekommene Zusammenarbeit der NATO mit Russland in den Bereichen Terrorismus, Afghanistan und Drogenschmuggel hin.⁷ Fünftens würde die Planung einer gemeinsamen Raketenabwehr Russlands Vorbehalte eindämmen und die Möglichkeit einer militärischen Zusammenarbeit erhöhen. Der russische Präsident Medwedew signalisierte bei einem deutsch-französisch-russischen Treffen in Deauville im Oktober 2010 auch das russische Interesse einer Zusammenarbeit, insbesondere bei der Raketenabwehr. Auch schlug Medwedew konziliante Töne in Richtung Polen und baltische Staaten an.⁸

Sechstens ist Deutschland insbesondere, aber die EU im generellen, von einem verlässlichen Energielieferanten Russland abhängig. Deutschland sollte auch hier weiter darauf drängen, dass Russland die Energiecharta unterzeichnet, damit auch die EU ihre Interessen bewahren kann. Siebtens sollte der Wegfall des Visa-Regimes zwischen Russland und der EU in aller Interesse sein. Gerade die jüngere Generation der Russen würde von einer Erleichterung der Visa-Bestimmungen erheblich profitieren. Die früheren Sowjetregierungen fürchteten den Kontakt von sowjetischen Bürgern mit dem Westen, da diese „westliches Gedankengut“ importieren könnten.

⁶ <http://www.nato-russia-council.info/html/EN/documents.shtml> (letzter Zugriff 18.07.2010)

⁷ Anders Fogh Rasmussen, „The NATO and Russia Embrace“, The St. Petersburg Times, 28.10.2010

⁸ Stefan Kornelius, „Neue Töne aus Moskau“, Süddeutsche Zeitung, 22.10.2010

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION
DR. LARS PETER SCHMIDT
JOHAN BÖLTS

1. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/moskau

Ein reger Austausch würde gegenseitiges Misstrauen abbauen und Missverständnissen vorbeugen.

Achtens ist die Schaffung eines Sicherheitsrates der russischen und europäischen Außenminister ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, um gemeinsame Lösungen wie zum Beispiel im sogenannte „frozen conflict“ in Transnistrien zu finden. Auch hier wird die Rolle Deutschlands deutlich, denn die Initiative wurde nicht auf EU-Ebene diskutiert, sondern bei einem Treffen Medwedews mit Bundeskanzlerin Merkel in Deutschland.

euroatlantische Sicherheitsgemeinschaft nicht zur Utopie verkommt, sondern Wirklichkeit wird.

Die nationale Identitätssuche Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg ist sicherlich nicht mit der Russlands heute vergleichbar. Deutschland suchte unter Bundeskanzler Konrad Adenauer schnell Anschluss an die von den USA gegründeten Institutionen und schuf mit den Franzosen zusammen den Grundstein für die europäische Gemeinschaft. Deutschland stünde nicht da, wo es heute steht, ohne diese Einbettung in internationale Institutionen. Die Erfahrungen Deutschlands könnten Russland davon überzeugen, dass auch die heutige Situation für Russland kein „Null-Summen-Spiel“ ist, sondern durch eine stärkere Bindung Russlands an den Westen und den möglichen zukünftigen Beitritt Russlands in die NATO eine „Win-win-Situation“ entstehen kann, sowohl auf russischer als auch auf europäischer Seite. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind auf europäischer wie auf russischer Seite dieselben. Sie fordern eine gemeinsame Politik und Optimisten wie Adenauer und Kohl, die vor schweren Aufgaben standen aber nicht davor zurückwichen, damit eine weitere Annäherung Russlands an den Westen und eine friedliche